

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(20. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Erika Reinhardt, Klaus-Jürgen Hedrich,  
Norbert Blüm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 14/7438 –**

**Zusagen zum globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds einhalten  
und Aids-Impfstoffforschung stärker fördern**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ina Albowitz, Ulrich  
Irmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.  
– Drucksache 14/6623 –**

**Für einen substantiellen deutschen Beitrag zum Aids-Sonderfonds der  
Vereinten Nationen**

### **A. Problem**

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/7438 fordert die Bundesregierung dazu auf, die Zusage des Bundeskanzlers einzuhalten, dem globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds Mittel in Höhe von 300 Mio. DM zur Verfügung zu stellen. Insbesondere fordert er dazu auf, die HIV/Aids-Impfstoffforschung als das erfolgversprechendste Mittel gegen die Krankheit zu fördern.

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 14/6623 fordert einen substantiellen Beitrag zum Aids-Sonderfonds der Vereinten Nationen und erinnert ebenfalls an die Zusage des Bundeskanzlers. Zudem listet er verschiedene Maßnahmen auf, die die Bundesregierung bei der Bekämpfung von HIV/Aids beachten sollte.

### **B. Lösung**

**Ablehnung der Anträge mit den Stimmen der Fraktionen SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der  
CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS**

**C. Alternativen**

Annahme beider Anträge.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/7438 – abzulehnen;
2. den Antrag – Drucksache 14/6623 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Rudolf Kraus**  
Vorsitzender

**Frank Hempel**  
Berichterstatter

**Erika Reinhardt**  
Berichterstatterin

**Dr. Angelika Köster-Loßack**  
Berichterstatterin

**Ina Albowitz**  
Berichterstatterin

**Carsten Hübner**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Frank Hempel, Erika Reinhardt, Dr. Angelika Köster-Loßack, Ina Albowitz und Carsten Hübner

### I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU auf Drucksache 14/7438 „Zusagen zum globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds einhalten und Aids-Impfstoffforschung stärker fördern“ in seiner 208. Sitzung am 13. Dezember 2001 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 14/6623 „Für einen substantiellen deutschen Beitrag zum Aids-Sonderfonds der Vereinten Nationen“ hat er in seiner 192. Sitzung am 11. Oktober 2001 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Anträge auf Drucksachen 14/7438 und 14/6623 in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, die Anträge abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat über den Antrag auf Drucksache 14/7438 in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat über den Antrag auf Drucksache 14/7438 in seiner Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat über den Antrag auf Drucksache 14/7438 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 77. Sitzung am 13. März 2002 über beide Anträge beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, die Anträge abzulehnen.

### II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, beide Anträge hätten zum Ziel, die Bundesregierung zu veranlassen, die Zusagen zum HIV-Aids-Fonds einzuhalten. Es sei von 300 Mio. DM die Rede gewesen. Inzwischen seien im Haushalt 10 Mio. Euro ausgewiesen. Im Hinblick darauf stelle sich die Frage, ob und wann die weiteren Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Alle wüssten, dass nur dann die Chance bestehe, HIV/Aids wirksam zu bekämpfen, wenn die Forschungsarbeit im Impfstoffbereich erfolgreich sei. Deshalb lege die Fraktion der CDU/CSU großen Wert darauf, dass für diesen Bereich genügend Mittel bereitgestellt würden. Die Bundesregierung gehe nunmehr offenbar davon aus, dass die Mittel nicht nur von Seiten des Bundes, sondern auch von Seiten der Wirtschaft aufgebracht werden sollten. Dies solle sie dann aber deutlich sagen und nicht, wie in einer Antwort, die die FDP erhalten habe, lediglich feststellen, man werde die Mittel im Bundeshaushalt einstellen, die notwendig seien. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU, der vorzugsweise die Förderung der Forschung zugunsten von HIV/Aids-Impfstoffen fordere, sei als eine Ergänzung zu dem Antrag der Fraktion der FDP zu verstehen, den die Fraktion der CDU/CSU voll unterstütze. Die Fraktion der CDU/CSU beantragte Zustimmung zu dem Antrag auf Drucksache 14/7438.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, was die Förderung der Forschung zur Bekämpfung von HIV/Aids angehe, die im Antrag der Fraktion der CDU/CSU im Vordergrund stehe, so halte man es fast für eine Selbstverständlichkeit, dass die Forschung in ausreichender Weise erfolge. Im Antrag der FDP-Fraktion gehe es überwiegend darum, an die Zusage von 300 Mio. DM durch den Bundeskanzler zu erinnern, der, als er die Zusage über diesen Betrag gegeben habe, nicht davon gesprochen habe, dass ein Teil der Mittel der Wirtschaft abgefordert werden solle. Die Fraktion der FDP beantragte Zustimmung zu dem Antrag auf Drucksache 14/6623.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahre 2001 einen Antrag auf den Weg gebracht hätten, der all das, was der Antrag der Fraktion der FDP nun enthalte, längst aufgegriffen gehabt habe. Danach sei die Zusage des Bundeskanzlers erfolgt. Was den Antrag der Fraktion der CDU/CSU angehe, so solle man zunächst die Fachtagung der Aids-Stiftung zum Thema Aids-Impfstoffentwicklung am 15. Mai 2002 abwarten, um danach zu entscheiden, inwieweit es noch eines gesonderten Vorstoßes zur Verfügungstellung von Mitteln zur Förderung der Forschung bedürfe. Aus der Sicht der Fraktion der SPD seien beide Anträge in dieser Form nicht notwendig. Aus diesem Grunde werde man sie ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machte darauf aufmerksam, dass der Koalitionsantrag, der im Juli 2001 eingebracht worden sei, bereits gefordert habe, die Forschung im Bereich Impfstoffe voranzutreiben. Nach dem Ergebnis der Anhörung, die der Ausschuss für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung zu dem Thema HIV/Aids durchgeführt habe, sei klar, dass Initiativen zur Bekämpfung von HIV/Aids unzulänglich seien, solange sie sich ausschließlich auf einen Bereich konzentrierten. Dies sei im Antrag der Fraktion der CDU/CSU der Fall, wo die Förderung der Impfstoffforschung als wesentliches Ziel dargestellt werde.

Was den Antrag der Fraktion der FDP angehe, so sei dieser mittlerweile in den Hauptforderungen überholt. Den im Titel des Antrags formulierten Hauptforderungen sei damit Rechnung getragen, dass eine Beteiligung in Höhe von 150 Mio. Euro für den VN-Fonds zugesagt worden sei. Die Politik der Bundesregierung gehe dahin, die präventiven Maßnahmen für die Aids-Bekämpfung zu bündeln. Man habe dies auch in dem Antrag der Koalitionsfraktionen so formuliert gehabt. Hinzu komme, dass es bei der WTO-Konferenz von Doha Fortschritte in der Frage des Zugangs zu lebensnotwendigen Medikamenten in Zusammenhang

mit dem Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums gegeben habe. In der Erklärung dort werde auch die Bedeutung der Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose insgesamt betont. Die Möglichkeiten der Länder, auf diese Krankheiten mit angemessenen Mitteln zu reagieren, würden gestärkt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde aus den genannten Gründen beide Anträge ablehnen.

Die Bundesregierung brachte zum Ausdruck, es bestehe eine klare Zusage des Bundeskanzlers über einen Betrag von 150 Mio. Euro, der man nachkommen wolle. Im Zeitpunkt der Verabschiedung des Bundeshaushalts für das Jahr 2002 sei die Einschätzung des Bundesministeriums der Finanzen dahin gegangen, dass der Global Aids and Health Fund noch nicht haushaltsreif sei. Deshalb sei bislang in der Finanzplanung nur ein Betrag von 10 Mio. Euro ausgewiesen. Bis zum Jahr 2006 werde sich im Haushalt widerspiegeln, dass Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen werde.

Berlin, den 13. März 2002

**Frank Hempel**  
Berichterstatte

**Erika Reinhardt**  
Berichterstatte

**Dr. Angelika Köster-Loßack**  
Berichterstatte

**Ina Albowitz**  
Berichterstatte

**Carsten Hübner**  
Berichterstatte





